

II-174 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

IX. Gesetzgebungsperiode

11.7.1962

283/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. W i t h a l m , R e g e n s b u r g e r , P r i n k e und Genossen
 an den Bundeskanzler,
 betreffend verschiedene Vorfälle beim Österreichischen Rundfunk - Fernsehen.

- . - . - . -

Am Dienstag, den 3. Juli 1962 fand im Fernsehen eine Sendung statt, in der der Abgeordnete Edmund Holzfeind als Vertreter der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenangestellten und Sektionschef Dr. Benno Schaginger als Generaldirektor der Post- und Telegraphenverwaltung Stellung nahm zu den bekannten Vorfällen im Zusammenhang mit dem angedrohten Poststreik, um dessen Verschiebung bis zur Rückkehr des Herrn Bundeskanzlers aus Rußland die Regierung in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen des Ministerrates ersuchte. In dieser Sendung wurde ein sehr einseitiger Standpunkt eingenommen, wobei Sektionschef Dr. Schaginger davon sprach, daß als Retter des Vaterlandes den Dank des Vaterlandes jene verdienen, die sich über den Beschuß der Bundesregierung hinweggesetzt haben.

Weil in dieser Sitzung zumindest indirekt gegen den Standpunkt des Bundesministeriums für Finanzen Stellung genommen wurde, wurde vom Direktor des Fernsehens Gerhard Freund verlangt, daß auch ein Sektionschef des Bundesministeriums für Finanzen im Fernsehen zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen könne.

Obwohl Direktor Freund dies zunächst zusagte, teilte er am 4. Juli Nachmittag mit, daß er auf Weisung des Herrn Vizekanzlers und des Herrn Bundesministers Ing. Waldbrunner diese Sendung nicht durchführen werde.

Die gefertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß es sich hier offenkundig um einen argen Mißbrauch des Fernsehens zur Darlegung eines völlig einseitigen Standpunktes handelt, und richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

Welche Vorkehrungen sind geplant, um derartige Zwischenfälle im Fernsehen unmöglich zu machen?

- . - . - . -